

Wo stehen wir Ärzte und Ärztinnen?

Die Patienten sind natürlich nicht gegen uns, bezüglich unserer berechtigten Interessen aber auch nicht mit uns. Bildlich gesprochen: die Patienten sitzen mit uns im Boot, aber wir rudern.

Der berufspolitische Kommentar Von Herbert Zeuner

Dieser Weg wir kein leichter sein.....

Der Politik ist unser Anliegen schlichtweg egal: sie fordert maximale Arbeit und ist gleichzeitig dabei, unsere zukünftigen Honorare weiter zu minimieren:

Der Gesundheitsfonds wird unser GKV-Honorar mindern, zumindest in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen. Der auf den Gesetzesweg gebrachte Basistarif wird die PKV ausbluten lassen, auch hier werden wir weniger Honorar zukünftig erhalten.

Die Öffnung der Krankenhäuser wird vielen Praxen den Garaus machen, da nur wenige der dualen Finanzierung der KH (Steuermittel und GKV Gelder) betriebswirtschaftlich standhalten werden.

Die Politik ist bemüht, indirekt, viele Praxen aus dem System zu drängen.

Was die Kassen so im Sinn haben, zeigt ein Gutachten des Bundesverbandes der AOK:

Die Politik wird aufgefordert, die Sicherstellung der Kasse zu übertragen. Diese würde lokal mit Ärzten Einzelverträge abschließen und auch die lokalen Honorare festlegen. In sogenannten überversorgten Gebieten würde schlichtweg das Honorar für ärztliche Leistung gesenkt werden. Allein die Kasse bestimmt, wer an der Versorgung der Patienten noch teilnimmt. Ein festes Honorar für eine definierte Leistung gibt es nicht, sondern hängt von den wirtschaftlichen Erwägungen der Kasse ab. Unwirtschaftlichkeit (natürlich von der Kasse als solche festgestellt) würde mit einem direkten Sofortabzug individuell „ausgeglichen“. Nur so, das Fazit des Gutachtens, ließen sich Einsparungen vornehmen und Überkapazitäten, sprich Arztpraxen, abbauen.

Conclusion: Politik und Krankenkassen planen den teilweisen „Systemausstieg“ für Arztpraxen. Also ein Ausstieg, wie wir in uns nicht vorstellen, denn einige von uns würden „ausgestiegen werden“.

WAS KANN MAN TUN?

Dies muss jeder für sich entscheiden.

Ich selbst kann mir gut vorstellen, die Zulassung zurückzugeben. Meine dann „ehemaligen“ Kassenpatienten hätten den gesetzlichen Anspruch mich auch weiterhin aufsuchen zu können. Die Liquidation erfolgt über GOÄ, einfacher Satz. Gemäß jetziger Gesetzgebung erfolgt die Abrechnung direkt mit der Krankenkasse.

Bevor ich auf eine sehr subtile Weise ausgebootet werde, komme ich der Politik zuvor und steige aus, dann aber zu meinen Bedingungen. „Comes first, strikes first“

Ich habe es satt:

- Immer mehr sinkende GKV Honorare hinnehmen zu müssen, bei nach wie vor maximalen Einsatz für die Patienten.
- Mir von der Politik Unwirtschaftlichkeit vorwerfen zu lassen und bei guter medizinischer Versorgung meiner Patienten mit meinem Honorar zu haften
- Keine politische Anerkennung für meine Arbeit zu finden, im Gegenteil dafür beschimpft und diskriminiert zu werden.
- Meine ärztliche Freiberuflichkeit immer mehr aufgeben zu müssen
- Die versteckte Rationierung durch die Politik umsetzen zu müssen
- Der Unehrlichkeit der Politik ausgesetzt zu sein
- Meine schwer erarbeitete Praxis der politischen Willkür opfern zu müssen.

Sind wir Ärztinnen und Ärzte denn wirklich so willenlos und ängstlich geworden?

Jeder mag sich diese Frage selbst beantworten.

Ich habe meine Antwort gegeben.